

newsletter

verbraucherpolitik eu aktuell

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik	1
Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr	2
Finanzdienstleistungen	4
Gesundheit / Ernährung	4
Telekommunikation / Medien / Internet	5
Wirtschaftsfragen / Wettbewerb	6
Terminvorschau	6

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik

1. Anhörung von designiertem EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz

Die für Gesundheit, Verbraucherschutz und Landwirtschaft zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments führten am 13. November 2012 eine Anhörung des maltesischen Außenministers Tonio Borg durch. Borg ist als Nachfolger des zurückgetretenen EU-Kommissars für Gesundheit und Verbraucherschutz, John Dalli, benannt. In einem Schreiben an den Vorsitzenden des Europäischen Parlaments gaben die drei Ausschussvorsitzenden eine grundsätzlich positive Bewertung der Eignung des Kandidaten ab. Das Plenum des Europäischen Parlaments wird nunmehr in der Sitzungswoche vom 19. bis 22. November 2012 Stellung nehmen.

Die Grünen, die Liberalen und die Linken werden Tonio Borg auf Grund des Hearings vom 13. November 2012 ablehnen. Gründe sind vor allem die konservative Einstellung von Tonio Borg zu Frauenfragen und zu Homosexuellen. Christdemokraten, Konservative und Teile der Sozialdemokraten haben sich für Tonio Borg ausgesprochen. Die Stellungnahme des Europäischen Parlaments ist allerdings nicht verbindlich.

Bei seiner Anhörung versprach Tonio Borg für Januar 2013 die Vorlage des Entwurfs einer strengeren Neufassung der EU-Tabakrichtlinie. Für Juni 2013 kündigte er Vorschläge für neuartige Lebensmittel („Novel Food“) und für das Verbot von Klonfleisch an. Neue Vorschläge gebe es auch zum Tierschutz. Ferner werde er das Vermarktungsverbot von Kosmetikinhaltsstoffen, die in Tierversuchen getestet wurden, voll unterstützen. Wichtig seien ihm der Verbraucherschutz im Internet und das Recht auf ein Basiskonto. Bei genetisch veränderten Organismen („GVO“) werde er sich an wissenschaftlichem Rat und am Vorsorgeprinzip orientieren, ohne blind der EU-Behörde für Nahrungsmittelsicherheit zu folgen.

<http://www.euractiv.de/verbraucherschutz/artikel/brief-ber-hearing-von-tonio-borg-verffentlicht-006922>

<http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201211/20121115ATT55650/20121115ATT55650EN.pdf>

2. Europäisches Parlament setzt Arbeiten an Gemeinsamen Europäischem Kaufrecht fort

Die EU-Kommission hat am 11. Oktober 2011 den Verordnungsvorschlag über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht vorgelegt. Dieser sieht ein freiwilliges Instrument für ein Kaufrecht vor, das von Unternehmen und Verbrauchern anstelle der nationalen Kaufrechte vereinbart werden kann. Anzumerken ist, dass diese fakultative

verbraucherpolitik eu aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt Ihnen einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Berichtszeitraum
5. bis 18. November 2012

Impressum

Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
Markgrafenstraße 66
10969 Berlin

Referentin Internationales
Maren Osterloh M.A.
eu-internationales@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter nehmen wir gerne entgegen.

Rechtsordnung bei den europäischen Verbraucherverbänden auf erheblichen Widerstand gestoßen ist. Diese befürchten eine Verwirrung der Verbraucher und plädieren stattdessen für eine gezielte Harmonisierung.

Der federführend zuständige Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments hat im Laufe des Jahres 2012 eine Anhörung sowie drei Workshops durchgeführt. Am 10. Oktober legten die beiden Berichterstatter Klaus-Heiner Lehne (CDU) und Luigi Berlinguer (Sozialdemokrat/Italien) ein Arbeitsdokument zur Vorbereitung des Berichtsentwurfs über das Gemeinsame Kaufrecht vor. Die Berichterstatter folgen im Wesentlichen dem Vorschlag der EU-Kommission. Sie empfehlen „eine weitere Prüfung derjenigen Elemente, die den Erfolg dieses Instruments gewährleisten könnten.“ Das durch das Gemeinsame Europäische Kaufrecht gebotene Verbraucherschutzniveau müsse noch weiter erforscht werden.

Bei der Aussprache im Rechtsausschuss unterstützten die meisten wortnehmenden Abgeordneten das Vorgehen der Berichterstatter. Diese kündigten ihren Berichtsentwurf für das erste Quartal 2013 an. Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments hat bereits am 9. Oktober 2012 eine positive Stellungnahme abgegeben. Die Berichterstatter des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments werden ihre Stellungnahme voraussichtlich im Januar 2013 vorlegen.

Der nächste Schritt ist eine Konferenz des Rechtsausschusses mit nationalen Parlamenten am 27. November 2012. Eine weitere interparlamentarische Veranstaltung ist bereits für 2013 (voraussichtlich drittes Quartal) geplant, um einen verstärkten Dialog zu führen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONGML%2bCOMPARL%2bPE-497.786%2b01%2bDOC%2bWORD%2bV0%2f%2fDE>

(Arbeitsdokument)

Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr

1. Vollendung des Energiebinnenmarkts im Interesse der Verbraucher

In ihrer Mitteilung vom 15. November 2012 fordert die EU-Kommission die Mitgliedstaaten auf, die bestehenden EU-Rechtsvorschriften für den Energiebinnenmarkt umzusetzen. Energiekommissar Günther Oettinger sagte: „Wenn es um Gas und Strom geht, interessieren Bürger und Unternehmen zwei Dinge: eine jederzeit sichere Versorgung und erschwingliche Preise. Dieses Ziel erreichen wir am besten mit einem funktionierenden europäischen Energiemarkt.“

Die Pläne einiger Mitgliedstaaten, die Stromerzeuger bei Angebotsengpässen von erneuerbaren Energien zu unterstützen, könnten zu einer Zersplitterung des Binnenmarkts führen. Vor der Einführung solcher Mechanismen sollten die Mitgliedstaaten daher analysieren, ob es an Investitionen in Erzeugungskapazitäten fehlt und eher auf kostengünstigere ländergreifende Lösungen setzen.

Auch die Position der Verbraucher soll gestärkt werden: Sie könnten bei einem Wechsel zum günstigsten Stromtarif bis zu 13 Milliarden Euro jährlich sparen. Die Kommission werde dafür sorgen, dass die EU-Verbraucherrechte in nationales Recht umgesetzt werden und von allen Marktakteuren korrekt befolgt werden. Dazu gehört das Recht, kostenlos innerhalb von drei Wochen den Versorger zu wechseln. Außerdem will die Kommission die Einführung intelligenter Messsysteme fördern. Damit könnten die Verbraucher ihren Verbrauch in Echtzeit steuern und hätten eine bessere Kontrolle über ihre Energierechnungen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1214_de.htm

http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/doc/20121115_iem_0663_de.pdf

http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/internal_market_de.htm

2. Ressourceneffizienz wichtig für europäische Wirtschaft

EU-Umweltkommissar Janez Potočnik hat am 13. November 2012 in Berlin die Bedeutung des sparsamen Umgangs mit natürlichen Ressourcen unterstrichen: „Heute liegt unser Fokus auf der Krisenbewältigung. Das ist auch richtig, aber ich bin überzeugt, dass unsere Wettbewerbsfähigkeit auch dann vor Herausforderungen steht, wenn wir die Finanz- und Schuldenkrise erfolgreich überwunden haben. Ressourceneffizienz ist für uns im importabhängigen Europa nicht nur eine Frage des Umweltschutzes, sondern die Kernfrage unserer künftigen Wettbewerbsfähigkeit“, sagte Potočnik.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10987_de.htm

3. Sauberes Wasser für alle

Die EU-Kommission legte am 15. November 2012 eine Handlungsstrategie vor, mit der in der ganzen Europäischen Union ein guter Zustand der europäischen Gewässer bis spätestens 2015 erreicht werden soll. Dieses Ziel ist bereits in der geltenden EU-Wasserrahmenrichtlinie enthalten. Die Strategie sieht eine bessere Nutzung der bestehenden Gesetze vor. Hierzu gehört beispielsweise eine Steuerung des Wasserverbrauchs über die Wasserpreise. Ferner sollen die Ziele der Wasserpolitik verstärkt in andere Bereiche wie Landwirtschaft oder Verkehr eingebunden werden. Außerdem sollen europäische Standards für die Wiederverwendung von Wasser entwickelt werden.

„Wir brauchen ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Wassernachfrage und Wasserangebot, bei dem sowohl der Bedarf der Menschen als auch der Bedarf der Ökosysteme, die die Grundlage menschlichen Überlebens bilden, berücksichtigt werden“, sagte EU-Umweltkommissar Janez Potočnik.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1216_de.htm

4. Verringerung der Emissionen von fluorierten Treibhausgasen bei Haushaltsartikeln

Die EU-Kommission hat am 7. November 2012 einen Vorschlag für eine erhebliche Verringerung der Emissionen fluorierter Gase (F-Gase) vorgelegt. Die Emissionen von F-Gasen, deren Treibhausgaswirkung bis zu 23 000 Mal höher sein

kann als die von Kohlendioxid, seien seit 1990 um 60 Prozent gestiegen, während die Emissionen aller anderen Treibhausgase verringert wurden. Mit der vorgeschlagenen Verordnung sollen F-Gas-Emissionen bis 2030 auf ein Drittel des heutigen Niveaus reduziert werden. Außerdem soll die Verwendung von F-Gasen in einigen neuen Geräten, wie Haushaltskühlschränken, verboten werden, für die technisch machbare, klimafreundlichere Alternativen bereits zur Verfügung stehen.

EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard erklärte: „Mit den geltenden Regeln ist es gelungen, den Aufwärtstrend bei den Emissionen zu stoppen und die technische Innovation voranzutreiben. Nun, da es möglich ist, klimafreundlichere Produkte herzustellen, gehen wir bei der Verringerung der F-Gas-Emissionen einen Schritt weiter.“

Der Vorschlag bedarf der Zustimmung durch das Europäische Parlament und durch den EU-Ministerrat.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1180_de.htm

http://ec.europa.eu/clima/policies/f-gas/index_en.htm

5. Förderung von umweltfreundlichen Kraftfahrzeugen

Die EU-Kommission präsentierte am 8. November 2012 die Initiative „Cars2020“. Diese sieht verbesserte Rahmenbedingungen für den Zugang zu Kapital, zu internationalen Märkten und für Investitionen in qualifiziertes Personal vor. Zudem könnten die Autobauer durch zusätzliche Mittel der Europäischen Investitionsbank innovative, klimafreundliche Modelle entwickeln.

Der für Industrie und Unternehmertum zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, Antonio Tajani, sagte dazu: „In Europa werden die besten Autos der Welt hergestellt. Die Kommission will diese Führungsrolle beibehalten und in punkto Sicherheit und Umweltverträglichkeit noch weiter voranschreiten. Die Automobilindustrie hat alle Trümpfe in der Hand, die nötig sind, um ihre Schwierigkeiten zu überwinden, wettbewerbsfähig zu bleiben, nachhaltiger zu werden und ihre Produktionsbasis in Europa zu erhalten.“

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1187_de.htm

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/automotive/files/com-2012-636_de.pdf (Mitteilung)

6. International harmonisierte Sicherheitsstandards für Fahrzeuge

Um die Sicherheit im europäischen Straßenverkehr zu erhöhen, will die EU-Kommission international einheitliche Warn- und Fahrassistenzsysteme für neu zugelassene Kraftfahrzeuge künftig verbindlich vorschreiben. Gemeinsam mit den Vereinten Nationen hat die EU-Kommission am 14. November 2012 unter anderem harmonisierte Vorschriften für Notbrems-Assistenzsysteme und Spurhaltewarnsysteme für Nutzfahrzeuge festgelegt. Außerdem müssen genormte Universalbefestigungen für Kindersitze, so genannte "i-Size" und die Sicherheit von Akkus in Elektrofahrzeugen eingebaut werden.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10990_de.htm

Finanzdienstleistungen

1. Euro-Bankenaufsicht umstritten

Beim Treffen der Finanzminister der Europäischen Union am 13. November 2012 zeichnete sich noch keine Einigung über eine gemeinsame Bankenaufsicht für die Euroländer ab. Vorgesehen ist eine Aufsicht im Rahmen der Europäischen Zentralbank (EZB). Diese Neuregelung bedarf eines einstimmigen Beschlusses im EU-Ministerrat. Das Europäische Parlament hat hier kein Mitbestimmungsrecht, muss aber angehört werden. Deutschland will verhindern, dass die geldpolitische Unabhängigkeit der EZB in Gefahr gerät. Außerdem sollte die EZB nur für Banken zuständig sein, die in erheblichem Maß grenzüberschreitend tätig sind. Die EU-Kommission und die Mehrheit der Mitgliedstaaten beharren jedoch auf einer Aufsicht der EZB für alle Banken.

Als besonders schwierig hat sich jedoch die Frage erwiesen, wie Nicht-Eurostaaten der EZB-Aufsicht unterworfen werden können. Es gibt einen gemeinsamen politischen Willen, allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Teilnahme an der gemeinsamen Bankenaufsicht

zu ermöglichen. Die EZB ist jedoch nur für die Euroländer zuständig.

Es gilt daher als fraglich, ob bis zum Jahresende die Einführung der gemeinsamen Bankenaufsicht beschlossen werden kann. Vorgesehen ist bisher eine Einführung im Laufe des Jahres 2013, mit voller Wirksamkeit ab 1. Januar 2014.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/133470.pdf#page=10

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st15/st15663.de12.pdf>

2. Eurosystem führt fälschungssichere Banknotenserie ein

Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, kündigte am 8. November 2012 für das Jahr 2013 die Einführung einer zweiten Euro-Banknotenserie an. Die neuen Geldscheine würden über mehrere Jahre gestaffelt ausgegeben. Sie erhielten neu gestaltete Sicherheitsmerkmale. Als erste komme die neue 5-Euro-Banknote ab Mai 2013 in Umlauf. Nach der Einführung aller Stückelungen der zweiten Euro-Banknotenserie würden Geldscheine der ersten und der zweiten Serie eine Zeit lang parallel in Umlauf sein. Das Datum, ab dem die Banknoten der ersten Serie kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr sein werden, werde frühzeitig bekannt gegeben. Aber auch danach würden Euro-Banknoten der ersten Banknotenserie ihren Wert behalten und von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ohne zeitliche Begrenzung zum Nominalwert umgetauscht.

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Standardartikel/Presse/Fokusthemen/2012_11_08_zweite_euro_banknotenserie.html

Gesundheit / Ernährung

1. Schwachstellen beim Vertrieb von ökologischen/biologischen Erzeugnissen

Der EU-Ministerrat begrüßte am 13. November 2012 den Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel „Prüfung des Kontrollsystems, das die Produktion, die Verarbeitung, den Vertrieb und die Einfuhr von regelt“. Der EU-Ministerrat ruft die Kommission wie auch

die Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit auf, um ihre Aufsichts- und Überwachungsfunktionen noch weiter auszubauen. Die Abstimmung zwischen den Kontrollstellen, den Interessenvertretern und den Behörden sei für die Rückverfolgbarkeit von ökologischen/biologischen Erzeugnissen von wesentlicher Bedeutung.

Der EU-Ministerrat nahm „die vom Rechnungshof dargelegten immanenten Schwachstellen des Systems der Einfuhrgenehmigungen“ zur Kenntnis. Es müsse sichergestellt sein, dass die Kontrollsysteme in Drittländern, die im Hinblick auf die ökologische/biologische Produktion als gleichwertig anerkannt sind, alle Vorschriften erfüllen. Schließlich nahm der EU-Ministerrat zur Kenntnis, dass die EU-Kommission derzeit eine Beurteilung des Rechtsrahmens der Europäischen Union im Bereich der ökologischen/biologischen Produktion durchführt.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st15/st15360.de12.pdf>

2. Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel

Der EU-Ministerrat verabschiedete am 13. November 2012, nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, eine Verordnung über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse. Durch die Neuregelung soll das Verfahren für die Zuteilung eines EU-Qualitätslabels für Produkte bestimmter geographischer Herkunft oder traditioneller Herstellungsart wesentlich beschleunigt werden. Hersteller, die die Zuerkennung des Labels "Garantiert traditionelle Spezialitäten" beantragen, müssen nachweisen, dass das Produkt seit mindestens 30 Jahren (auf dem heimischen Markt verbreitet ist. Bisher genügen 25 Jahre. Künftig werden nicht nur traditionelle Herstellungsmethoden, sondern auch Rezepte geschützt. Außerdem wird ein geschütztes Label für "Bergerzeugnisse" eingeführt. Nach einem Jahr soll ein vergleichbares Label für Inselzeugnisse folgen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/pe00/pe00041.de12.pdf>

3. Zulassung von Nahrungsmittelzusatzstoffen und von Kunststoffen mit Lebensmittelkontakt

Der EU-Ministerrat erhob am 13. November 2012 keine Einwände gegen vier Verordnungsentwürfe der EU-Kommission zum Lebensmittelrecht. Die EU-Kommission kann diese Rechtsakte anneh-

men, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt. In der ersten Verordnung geht es um die Verwendung von Bienenwachs (E 901), Carnaubawachs (E 903), Schellack (E 904) und mikrokristallinem Wachs (E 905) auf bestimmten Früchten. Die zweite Verordnung regelt die Verwendung von Extrakt aus Rosmarin (E 392) in Füllungen für trockene Teigwaren. Die dritte Verordnung ergeht hinsichtlich der Verwendung von Schwefeldioxid – Sulfiten (E 220-228) und von Propylenglycolalginat (E 405) in Getränken aus fermentiertem Traubenmost. Die vierte Verordnung betrifft Materialien und Gegenstände aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st13/st13470.de12.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st13/st13480.de12.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st13/st13486.de12.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st14/st14269.de12.pdf>

4. Europäisches Gütesiegel für „Abensberger Spargel“

Die EU-Kommission hat für die bayerische Spezialität „Abensberger Spargel“ das Gütezeichen „geschützte geografische Angabe (g.g.A.)“ vergeben. Bei einer Angabe „g.g.A.“ muss mindestens eine der Produktionsstufen – also Erzeugung, Verarbeitung oder Herstellung – im Herkunftsgebiet durchlaufen werden.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10982_de.htm

Telekommunikation / Medien / Internet

EU-Kommission verteidigt Zugang zu offenem Internet

Auf der Jahrestagung des globalen „Internet Governance Forum“ in Baku (Aserbaidschan) vom 5. bis 9. November 2012 trat die EU-Kommission für ein offenes Internet ein. Das

Internet müsse ein Raum bleiben in dem Transparenz, Demokratie und Schutz der Menschenrechte gewährleistet sind.

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-12-827_en.htm?locale=en

Wirtschaftsfragen / Wettbewerb

Europäische Zentralbank hält Zinsniveau konstant

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beschloss am 8. November 2012, den Leitzins bei 0.75 Prozent zu belassen. Zu diesem Zinssatz erhalten die Banken weiterhin unbegrenzt Liquidität. Der Präsident der EZB, Mario Draghi, anerkannte, dass die Inflation im Euroraum im Oktober mit 2.5 Prozent erneut deutlich über dem Stabilitätsziel von unter aber nahe zwei Prozent lag. Im Laufe des Jahres 2013 sei aber mit einem Rückgang unter zwei Prozent zu rechnen.

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2012/html/p121108.de.html>

<http://www.ecb.int/press/pressconf/2012/html/is121108.en.html>

Terminvorschau

Rat

Ratsarbeitsgruppe „Bankenaufsicht“ (20./21. und 26. November 2012)

Übertragung der Bankenaufsicht auf die europäische Zentralbank.

Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport (26./27. November 2012)

Europäische Strategie für ein besseres Internet für Kinder; Unterstützung gesundheitsfördernder sportlicher Aktivitäten; Jährliche Europäische Woche des Sports.

Rat Landwirtschaft und Fischerei (28./29. November 2012)

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik; Verwendung von Milchsäure zur Verringerung mikrobiologischer Oberflächenverunreinigungen von Rinderschlachtkörpern.

Europäisches Parlament

Plenum (19. bis 22. November 2012)

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (22.-23. November 2012); Benennung von Kommissionsmitglied (Tonio Borg); Haushalt 2013: Tätigkeiten des Vermittlungsausschusses; Eigenkapitalrichtlinie und Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen; Karten-, Internet- und mobile Zahlungen; Schatzenbankwesen; Umsetzung der Richtlinie über Verbraucherkreditverträge; Schutz der Kinder in der digitalen Welt; Umsetzung der Folgerechtsrichtlinie; Absatzförderungs- und Informationsstrategie für die Agrarerzeugnisse; Änderung von Zugeständnissen bei zubereitetem Geflügelfleisch zwischen der EU, Brasilien und Thailand; Schutz des EU-Markts vor anormal billigen Einfuhren chinesischen Ursprungs, insbesondere Fotovoltaik-Platten (Anfrage); Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts 2010; Umweltauswirkungen von Tätigkeiten zur Gewinnung von Schiefergas und Schieferöl; Konferenz über den Klimawandel in Doha (COP 18) - Anfragen zur mündlichen Beantwortung.

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (19. November 2012)

Übertragung der Bankenaufsicht auf die Europäische Zentralbank; Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen.

Rechtsausschuss (26./27. November 2012)

Meinungsaustausch mit Michel Barnier, für Binnenmarkt und Dienstleistungen zuständiges Mitglied der Kommission, über den Stand der Verhandlungen im Hinblick auf den Vertrag über Urheberrechtsbeschränkungen und -ausnahmen zugunsten von seh- oder lesebehinderten Personen; Wertpapierabrechnungen in der Europäischen Union, Zentralverwahrer sowie Änderung der Richtlinie 98/26/EG; Europäischer Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung; Abschlussprü-

fungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen.

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (28. November 2012)

Initiativbericht über konkretere Vorteile aus den Umweltmaßnahmen der EU: Schaffung von Vertrauen durch mehr Information und größere Reaktionsbereitschaft der Behörden; Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen; Prioritäre Stoffe im Bereich der Wasserpolitik; Transparenz von Maßnahmen zur Regelung der Preisfestsetzung bei Humanarzneimitteln und ihrer Aufnahme in die staatlichen Krankenversicherungssysteme.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (28./29. November 2012)

Energiefahrplan 2050: Energie für die Zukunft; Governance für den Binnenmarkt; Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und freier Datenverkehr (Datenschutz-Grundverordnung).

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung der Kommission (20. November 2012)

Gruppenfreistellungen für bestimmte Kategorien horizontaler staatlicher Beihilfen; Verfahrensvorschriften für staatliche Beihilfen; Vertragsverletzungsverfahren.

Wöchentliche Sitzung der Kommission (28. November 2012)

Konsultationspapier („Grünbuch“) zum Paketmarkt – unter besonderer Berücksichtigung des elektronischen Handels.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umweltschutz (22. November 2012)

Zusätzliche Stellungnahme zum Thema "Rio + 20: Stand der Dinge und Zukunftsaussichten"; Initiativstellungen zu den Themen: "Soziale Landwirtschaft: Green Care und Sozial- und

Gesundheitspolitik" und "Europäische Innovationspartnerschaft: Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit".

Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft (23. November 2012)

Initiativstellungen zu den Themen: "Durchführung und Überwachung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch die EU-Institutionen und die Rolle des EWSA" und "Europäisches Jahr der seelischen Gesundheit – bessere Arbeit, mehr Lebensqualität.

Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastruktur, Informationsgesellschaft (26. November 2012)

Stellungnahmen zu den Themen: „Erneuerbare Energien: ein wichtiger Faktor auf dem europäischen Energiemarkt“; "Aspekte der Definition des sozialen Wohnungsbaus als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse"; „Regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern“ und „Die Qualität der Schienenverkehrsdienste in der EU" (Initiativstellungnahme).

Ausschuss der Regionen

Plenum (29./30. November 2012)

Stellungnahmen zu: Eine europäische Verbraucheragenda für mehr Vertrauen und mehr Wachstum; Von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen zur lokalen Entwicklung; Modernisierung des EU-Beihilfenrechts; Umsetzung des Umweltrechts der EU; Prioritäre Stoffe im Bereich der Wasserpolitik; Innovation für nachhaltiges Wachstum: eine Bioökonomie für Europa; Die europäische Innovationspartnerschaft "Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit".

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-136/11 (22. November 2012)

Bekanntgabe von Verspätungen von Anschlusszügen.

Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-509/11 (22. November 2012)

Fahrpreiseschädigung bei Zugverspätung.

Urteil in der Rechtssache C-139/11 (22. November 2012)

Verjährung von Ansprüchen nach der Fluggastrechteverordnung.

Urteil in der Rechtssache C-410/11 (22. November 2012.)

Schadensersatz für verloren gegangenes Fluggepäck.

Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-11/11 (27. November 2012)

Ausgleichsanspruch bei Verspätung eines gestaffelten Fluges.

Newsletter verfasst von Dr. Ekkehard Rohrer,
MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv)